

Original Sozial

Liebe Bürgerinnen und Bürger

Am 28.09.2008 sind Sie aufgerufen, über die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) in Brandenburg an der Havel zu entscheiden.

Die bisherigen Vertreter der Fraktion DIE LINKE haben durch ihr Engagement und ihre Kompetenz unter Beweis gestellt, dass unsere Partei ein verlässlicher Partner für die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger ist.

Dass DIE LINKE an verantwortlicher Stelle erfolgreich Stadtpolitik gestalten kann, zeigt das Wirken unserer Beigeordneten Birgit Hübner.

So ist es zum Beispiel gelungen, unter der angespannten Haushaltssituation und den schwierigen Bedingungen der Dominanz der CDU in der Stadtspitze und der SVV wesentliche soziale Leistungen wie den Familienpass zu erhalten und weiter auszubauen. Ebenso wurde gegen den massiven Widerstand anderer politischer Kräfte das anspruchsvolle Projekt des Bürgerhauses in Hohenstücken realisiert. Die Verbesserungen bei der Herstellung der Barrierefreiheit in unserer Stadt sind genauso wie die vielfältigere Museums- und Gedenkstättenarbeit weitere Beweise des erfolgreichen Wirkens unserer Beigeordneten.

Auch In Zukunft möchten wir gemeinsam mit Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger, noch viel mehr in unserer Stadt erreichen. Dabei verfolgt DIE LINKE bestimmte Ziele, die wir Ihnen in unserem Programm gern vorstellen möchten.

An erster Stelle liegen uns diese Stadt und damit das Wohl der Brandenburgerinnen und Brandenburger am Herzen. Wir wollen eine liebens- und lebenswerte, umwelt- und vor allem menschenfreundliche Kommune.

Für uns als sozialistische Linke stehen im Zentrum unseres kommunalpolitischen Selbstverständnisses zum einen die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, getragen vom Leitbild der Bürgergesellschaft und der Bürgerkommune, und zum anderen das konsequente Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die als Maßstab an jede Entscheidung angelegt werden muss. Dabei treten wir für eine Politik der Nachhaltigkeit ein, welche die komplexen Zusammenhänge zwischen Sozialem, Ökologie und Ökonomie berücksichtigt.

Wir wenden uns gegen die Privatisierung kommunalen Eigentums, wenn dies Bereiche der kommunalen Daseinsfürsorge betrifft. An Stelle der Privatisierung, die wir als eine Form der Enteignung der Kommune betrachten, wollen wir die öffentliche Diskussion über die Rückgewinnung veräußerten kommunalen Besitzes befördern. Unsere Unterschriftensammlung gegen den Verkauf der Wofü hat gezeigt, dass Bürger bereit sind, uns im Kampf gegen Privatisierungen zu unterstützen.

Wir treten entschieden gegen jeglichen Sozialabbau ein. Mit einer starken linken Fraktion in der SVV sind ungerechte Kürzungen im Sozialbereich nicht zu machen.

Weil wir uns nicht mit sozial ungerechten Gesetzen wie Hartz IV abfinden, werden wir auch weiterhin zusammen mit den Betroffenen gegen die Agenda 2010 ankämpfen.

Wir bitten jeden um seine Unterstützung für die Einführung eines Sozialtickets im Land Brandenburg und die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes von 8 Euro.

DIE LINKE tritt für eine Bildungspolitik ein, die eine Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet. Wir wollen, dass die Schullandschaft in unserer Stadt erhalten bleibt und sich die materiellen und personellen Bedingungen in den Schulen verbessern. Es muss sichergestellt werden, dass in staatlichen Schulen das gleiche Niveau wie in privaten Schulen angeboten wird.

Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung, gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Gemeinsam mit allen demokratischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften wollen wir verhindern, dass Rechtsextreme und Nazis in unserer Stadt Fuß fassen.

Durch ihren Antrag in der SVV zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus hat unsere Fraktion einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungsformen und das Ringen um Demokratie und Toleranz in Gang gebracht.

Unverzichtbar ist für uns als LINKE auch das konsequente Eintreten für eine Friedenspolitik, für eine friedliche Lösung aller gesellschaftlichen Probleme.

Wir treten für mehr direkte Demokratie, die verstärkte Einbeziehung und Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei der Lösung der Probleme unserer Stadt ein. Als einen wichtigen Schritt in diese Richtung schlagen wir vor, dass endlich ein Bürgerhaushalt für unsere Kommune erstellt wird. Verwaltungsentscheidungen und -prozesse müssen im Sinne eines „gläsernen Rathauses“ durchschaubar werden.

Nur mit Ihrer Stimme kann DIE LINKE bewirken, dass auch in Zukunft in unserer Stadt Brandenburg an der Havel eine solidarische und sozial gerechte Politik gemacht wird. Es geht nicht um den Alleinvertretungsanspruch einer Partei oder eines Stadtoberhauptes, sondern um ein vertrauensvolles Miteinander verschiedenster Akteure zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

René Kretschmar

Vorsitzender DIE LINKE Brandenburg an der Havel

ORIGINAL SOZIAL - DIE LINKE

Bildung

Bildung und Wissen ist der Motor nachhaltiger Entwicklung. Bildung und lebenslanges Lernen gehören zu den Merkmalen einer kompetenten und innovativen Bürgergesellschaft. Orte des Wissens tragen zu einer hohen Lebensqualität bei. Sie stärken soziale Kompetenzen, sind Ausdruck von Weltoffenheit und stiften regionale Identität. Wissen ist die stärkste wirtschaftliche Ressource für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft.

Eine nachhaltige Bildung für alle - Gleiche Chancen für ungleiche Menschen

Eine gute Bildungspolitik sichert Bildung durch gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden. Wir brauchen eine stärkere Dezentralisierung des Bildungssystems bei gleichzeitiger Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Schulen.

Wir treten für eine Gemeinschaftsschule nach finnischem Vorbild ein, in der alle Schüler zumindest bis zum Abschluss der Sekundarstufe 1 gemeinsam und voneinander lernen. Das stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen Schüler, weil sie dadurch lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Ebenso profitieren davon die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen am besten von Kindern. Durch individuelle Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter ausgeprägt. Erst nach der Sekundarstufe 1 sollten mit der gymnasialen Oberstufe und der Berufsbildung unterschiedliche Bildungswege angeboten werden, wobei auch dann noch eine größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gewahrt bleiben muss.

Bildung und Erziehung gehören zusammen. Eine Vielfalt unterschiedlicher pädagogischer Ideen, die auf individuelle Stärken und Schwächen eingeht, soll im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung der Schüler gesichert werden. Private Bildungsangebote können die individuellen Wahlmöglichkeiten erweitern; jedoch darf das öffentliche Bildungsangebot unter keinen Umständen qualitativ zurückstehen.

DIE LINKE tritt für einen kostenfreien Schülertransport und eine kostenlose Teilnahme an der Schülerspeisung in Brandenburg an der Havel ein.

Wir wollen, dass die im städtischen Haushalt durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdenden Mittel intelligent eingesetzt werden, etwa für die angemessene bauliche Ausstattung der Schulen, für entsprechende Lehr- und Lernmittel und den Ausbau der notwendigen Informationstechnik.

Wir fordern die Sicherung eines engmaschigen, wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden und dem Bedarf entsprechenden Angebots an öffentlichen Schulen. Das schließt den Erhalt der vier Oberschulen in der Stadt ein.

DIE LINKE unterstützt alle Bemühungen der Oberschulen, die Jugendlichen zu einem erfolgreichen Schulabschluss zu führen. Die Stadt muss gemeinsam mit den Oberschulen, der Volkshochschule, freien Bildungsträgern und dem Jugendamt ein Konzept zur Senkung der hohen Schulabbrecherquote in Brandenburg an der Havel erarbeiten und umsetzen.

Wir befürworten sämtliche Formen der Kooperation von Grundschulen mit den weiterführenden Schulen als ersten Schritt auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule. Alle Bemühungen um Kooperation von weiterführenden Schulen mit der Wirtschaft und der Fachhochschule müssen gefördert werden.

Die Erarbeitung des Schulentwicklungsplans für 2010/11 – 2014/15 wird von uns unter der Maßgabe begleitet, dass dem Titel Bildungsstadt auch entsprechende Maßnahmen folgen.

Für DIE LINKE ist Bildung keine Ware. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, und damit Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Kultur

Eine Kommune ist umso reicher und für die Menschen lebenswerter, je mehr kulturelle Entfaltung und Erleben möglich ist. Kultur führt zur Identifizierung der Menschen mit ihrer Stadt. Ziel muss es sein, allen Menschen unabhängig ihrer sozialen Stellung eine Teilnahme am kulturellen Leben und die Verwirklichung ihrer individuellen Bedürfnisse zu ermöglichen. Für alle muss Kultur in ihren vielen Facetten erreichbar und bezahlbar bleiben.

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung des Kulturamtes innerhalb eines Dezernates als integrierende Schaltstelle des Kulturlebens der Stadt und als strategischen Impulsgeber. Brandenburg an der Havel braucht wieder einen „Kulturspiegel“ als öffentliches Forum für alle Aktiven im Kulturleben. Der „Zacharias“ könnte die Grundlage dafür geben. Die Stadt braucht auch wieder einen schriftlichen „Stadtführer“ – für die Brandenburger wie auch für die Touristen.

Das Paulikloster mit dem archäologischen Landesmuseum stellt eine unvergleichliche Chance dar, eine vernetzte Museumslandschaft in Brandenburg an der Havel zu etablieren. Dies kann ein zentrales Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt werden. Hier kann die slawische und die deutsche Geschichte bewusst als Begegnung zweier Kulturen an einem historischen Ort dargestellt werden. Slawendorf, Dommuseum, Heimatmuseum und Landesmuseum können sich in ihren Erkenntnissen und Ausstellungen gegenseitig ergänzen. Als unschätzbare Vorteil erweist sich die Möglichkeit, die Landschaft als Ort und Raum von Geschichte mitzuerleben, zum Beispiel durch den Slawenpfad der BAS.

Die Erarbeitung eines Kombiticket-Angebotes, das die Museen verbindet, muss angebahnt und organisiert werden. Wünschenswert dabei wäre auch die Einbeziehung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Da Kinder kein eigenes Einkommen haben und Eltern mit den Lebenshaltungskosten ohnehin hoch belastet sind, sollten Kinder bis 18 Jahren in Begleitung eines zahlenden Erwachsenen kostenfreien Eintritt in die Museen haben.

DIE LINKE tritt weiterhin für die Errichtung der „Zentralen Dokumentationsstätte“ am Nicolaiplatz ein. So kann die Stadt einen hervorragenden Beitrag zur Verbesserung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses besonders bei unserer jungen Bevölkerung leisten. Hier soll ein Ort entstehen, an dem sich die komplexen Themen Euthanasie und Krankenmorde sowie Justizterror im Dritten Reich wiederfinden. An diesem Ort soll auch deutlich räumlich getrennt das bis 1990 geschehene Unrecht dokumentiert werden.

Das Brandenburger Theater muss für alle Bürger erschwinglich bleiben. DIE LINKE verlangt weiterhin Eintrittspreise, die sich jeder leisten kann.

Das Jugendtheater und die Brandenburger Symphoniker sind die einzigen Kunst produzierenden Ensembles, die am Brandenburger Theater verblieben sind. Deshalb gilt beiden höchste Priorität.

Da Kinder und Jugendliche die Wurzel und Keimzelle unserer künftigen Gesellschaft sind, stellt das Jugendtheater einen wichtigen kulturellen und sozialen Baustein dar. Im Zusammenhang mit den Brandenburger Symphonikern möchten wir

auch auf die positive Strahlkraft der Brandenburger Biennale verweisen. Wir unterstützen alle Aktivitäten der Stadt, auch weiterhin Ort regelmäßiger symphonischer Uraufführungen zu sein.

Wir wehren uns gegen jeglichen weiteren Kulturabbau vor Ort unter dem Deckmantel der Umstrukturierung des Theaterverbundes. Deshalb muss eine mittelfristige Zielstellung des Brandenburger Theaters sein, in Kooperation oder eigenständig zur Produktion auch anderer Angebote zurückzufinden. Sehr positiv bewerten wir in dieser Hinsicht die bereits gepflegte Kooperation zwischen den Häusern Potsdams und Brandenburgs und regen diese auch mit Häusern in den Ländern Berlin und Sachsen-Anhalt an.

Sozialpolitik

Verantwortliche Kommunalpolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Brandenburg wieder mehr Zukunft bietet, und dies für alle. Erste Voraussetzung dafür ist die Teilhabe der Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wenden uns gegen ein neoliberales Zerrbild, das die Menschen als kulturell entwurzelte, sozial bindungsarme und räumlich allzeit verfügbare Objekte von grenzenlosen Kapitalverwertungsinteressen rund um den Globus jagt.

DIE LINKE setzt sich für ein Bürgerzentrum pro Stadtteil in Brandenburg an der Havel ein.

Wir sind für die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der den Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, zumindest für eine gewisse Zeit eine Perspektive bieten soll. Ein erster Schritt in diese Richtung ist das Kommunalkombi-Programm. Alle bisherigen Ein-Euro-Jobs müssen in Stellen des Kommunalkombi umgewandelt werden. Die Betroffenen erhalten dadurch für bis zu drei Jahre eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

DIE LINKE ist gegen jede Form von Lohndumping. Sie wendet sich auch gegen eine Aushebelung der Tarifautonomie in den kommunalen Unternehmen.

DIE LINKE wird sich weiterhin für die Einführung eines bundesweiten Mindestlohnes einsetzen. Damit soll gewährleistet werden, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können. Als ersten Schritt in diese Richtung wollen wir in Brandenburg an der Havel ein kommunales Vergaberecht schaffen, welches vorschreibt, dass öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.

DIE LINKE unterstützt Projekte wie die Tafel, bei der es finanziell Schwachen möglich ist, preiswert Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs zu erwerben. Weiterhin sollte über die Einrichtung einer Suppenküche nachgedacht werden.

In Brandenburg an der Havel leben 37% der Kinder in Armut. Diesem Problem kann nur dadurch begegnet werden, dass langzeitarbeitslose Eltern in einem Kommunalkombi-Programm vorrangig behandelt werden.

Damit für Kinder, deren Eltern von Arbeitslosigkeit betroffen sind, keine unüberbrückbaren Nachteile bei den Bildungschancen entstehen, setzen wir uns dafür ein, dass ihnen zum Beispiel die Erstausrüstung bei der Einschulung zur Verfügung gestellt wird.

DIE LINKE setzt sich trotz zurückgehender Landesfinanzierung für den Erhalt der derzeitigen Personalstärke im Jugendsozialarbeiterbereich ein.

Wir wollen, dass Politik für Kinder und Jugendliche zunehmend von Kindern und Jugendlichen gestaltet wird. Sie sollten vor Entscheidungen zum Stadtumbau, zur Verkehrsentwicklung, zu Standorten von Schulen und Freizeiteinrichtungen angehört und einbezogen werden. Das kreative Potenzial von Kindern und Jugendlichen wird derzeit nicht ausreichend genutzt und gefördert.

Prävention und Früherkennung sollen ein sorgen- und gewaltfreies Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Ein verstärktes Engagement wie die Vernetzung und der Austausch verschiedener Ämter, Einrichtungen sowie Institutionen sind besonders wichtig, um die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das Konzept „Präventiver Kinder- und Jugendschutz“ konsequent umzusetzen und jährlich fortzuschreiben.

Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Brandenburg an der Havel in Vereinen und Verbänden. Ehrenamtlich übernehmen sie wichtige Aufgaben im Kinder-, Jugend- und Seniorenbereich.

DIE LINKE fordert deshalb die Einführung einer Ehrenamtskarte.

Die ehrenamtlichen Beiräte und Beauftragten und das Kinder- und Jugendparlament sollen ständiges Rederecht in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung erhalten.

Unsere Gesellschaft muss kinderfreundlicher werden. Zunächst muss die Politik ihre Hausaufgaben machen. Auf der Tagesordnung steht, den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesstättenbetreuung ganztätig und gebührenfrei zu gestalten. Wir brauchen zudem eine deutlich verbesserte Bildung in Kita und Schule, die durch individuelle Förderung wirkliche Chancengleichheit schafft – unabhängig von der sozialen Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen die vielfältigen Angebote für eine interessante Freizeitbeschäftigung in Vereinen, Sportgruppen und Verbänden der Stadt nutzen können.

Das allein reicht jedoch nicht. Entscheidend ist, dass Familie und Erwerbsarbeit wieder vereinbar werden. Der räumlich und zeitlich unbegrenzt flexible Arbeitnehmer nach dem neoliberalen Leitbild ist nicht kompatibel mit einem verantwortungsvollen, gleichberechtigten und ausgefüllten Familienleben. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

Familienfreundliche Öffnungszeiten in Kitas und Horten sind hier ein erster Schritt.

DIE LINKE unterstützt die Arbeit im Arbeitskreis „Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder“.

Mit ihrer Beigeordneten hat es DIE LINKE in den letzten Jahren geschafft, durch den Familienpass sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ermäßigten Zugang zu den unterschiedlichsten Angeboten zu ermöglichen. Dieser Weg muss aus unserer Sicht weiter gegangen werden.

Die umfassende Integration der Migranten mit ihrer kulturellen Vielfalt und ihren produktiven Potenzialen ist eine große Herausforderung für die kommunale Politik. Wir brauchen eine Politik, die Zuwanderung als Chance begreift, die verantwortungsbewusst handelt, klare Maßstäbe für Integrationsleistungen schafft und sie auch durchsetzt. Die Grundlage dafür sind die auf Initiative der Linksfraktion in der SVV beschlossenen Leitlinien kommunaler Integrationspolitik.

Die Zusammenarbeit mit Trägern von Einrichtungen für Migranten und Asylbewerber ist uns dabei genauso wichtig wie eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir setzen uns für eine verstärkte Nutzung von EU-Mitteln ein, die es unseren Migranten erleichtern sollen, eine gute Ausbildung zu absolvieren und durch die sie erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können.

DIE LINKE unterstützt den weiteren Ausbau der Gesundheitszentren.

In Brandenburg an der Havel geben viele niedergelassene Ärzte aus Altersgründen ihre Praxis auf. Die Stadt muss durch geeignete Maßnahmen, zum Beispiel preiswerte Praxisräume, Sorge dafür tragen, dass sich neue Ärzte hier niederlassen. Für die Stadtteile Kirchmöser und Plaue fordern wir ebenfalls die Einrichtung sogenannter Gesundheitszentren in vorhandenen Räumen, etwa in der früheren Augenklinik. Die Mittel zum Umbau müssen in Zukunft bereit gestellt werden. Wir unterstützen in vollem Umfang den zweiten Bauabschnitt Neubau Ost des Städtischen Klinikums, denn nur dadurch ist gewährleistet, dass unsere Bürger in unserer Stadt optimal versorgt werden können.

DIE LINKE setzt sich für die Bereitstellung kostengünstiger alternativer Wohnformen für Ältere und Menschen mit Handicap ein. Dabei sollte die Trägervielfalt beachtet werden.

Des Weiteren fordern wir die konsequente Umsetzung der „Barcelona-Erklärung“ in der Stadt Brandenburg ein. Dies muss unter Einbeziehung des Behinderten- bzw. Seniorenbeirates geschehen. Menschen mit Handicap müssen selbstbestimmt und ohne Barrieren am öffentlichen Leben teilhaben können.

Sportpolitik ist für DIE LINKE integraler Bestandteil von Kultur und Sozialpolitik. Der Stadtsportbund und die Sportvereine unserer Stadt werden von uns in ihren Bemühungen, den Zugang zum Breiten- und Leistungssport zu sichern, unterstützt.

Dazu gehört die Beseitigung eventueller Unterfinanzierung, die Bereitstellung finanzieller Mittel für Übungsleiter und die Verbesserung des baulichen Zustandes der Sportanlagen. Darüber hinaus muss die Stadt noch mehr als bisher zum Austragungsort nationaler und internationaler Sportereignisse werden. Dies führt automatisch zu einer positiven Wirkung im Tourismus- und Arbeitsmarktbereich.

Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Verkehr

Stadtentwicklung ist mehr als Abriss von außen nach innen – Hohenstücken und Nord stärken

Mit dem Masterplan, der von der CDU maßgeblich, aber auch einseitig, geprägt wurde, ist einerseits ein umfassendes Werk für die mittelfristigen Entwicklungsziele der Stadt verabschiedet worden. Dieser Realität stellt sich DIE LINKE. Andererseits üben wir jedoch erneut Kritik an diesem Plan. Er ist zu innenstadtfixiert und vernachlässigt die Potenziale der verschiedenen Stadtteile, insbesondere von Nord und Hohenstücken.

Das städtische Leben erschöpft sich nicht nur in der Innenstadt. DIE LINKE will die Ressourcen aller Stadtteile nutzen, um das urbane Lebensgefühl in Brandenburg an der Havel zu stärken.

DIE LINKE ist für die Bundesgartenschau 2015 in unserer Stadt. Wir erwarten, dass Brandenburg an der Havel durch die BUGA bundesweit bekannter wird und dies auch über 2015 hinaus positive Auswirkungen auf den Tourismus mit sich bringt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass öffentliche Mittel für die BUGA zum Wohle aller Brandenburger Stadtteile verwendet werden. Es geht uns darum Projekte zu fördern, die über die BUGA hinaus eine nachhaltige Wirkung haben. Nach dieser Maßgabe werden wir jedes BUGA-Projekt prüfen und uns dafür oder dagegen aussprechen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Stadtumbaukonzept (STUK) von 2004 überarbeitet wird. Es repräsentiert nur den damaligen Wissensstand. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die tatsächlichen Abrisse von den damals geplanten abweichen. So wird zum Beispiel das Quartier nördlich der Sophienstraße durch die Abrisse in der Walther-Ausländer-Straße, Gustav-Metz-Straße und Felsbergstraße optisch deutlich abgekoppelt. Wir wollen dieses Quartier mit seiner Nähe zum Wald zu einem grünen Viertel umgestalten. Es eignet sich hervorragend für einen beispielhaften Rückbau der Plattenbauten, um einen Reihenhausharakter zu erreichen. Zugleich findet sich dort städtische Infrastruktur, die es zu erhalten gilt: Schule, Restaurant, Kneipe, Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr.

DIE LINKE fordert, zu dieser Umgestaltung die im Stadtumbauprogramm gezahlten Aufwertungsmittel in den vom Stadtumbau betroffenen Stadtteilen einzusetzen, um diese lebenswert zu gestalten. Die Bewohner müssen spüren können, dass sie nicht nur Objekt von Abrissmaßnahmen, sondern Nutznießer von Aufwertung sind.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Umgestaltung des Stadtgebietes Görden vollendet wird, ebenso wie für die Wiederaufnahme der Umgestaltung der Neuendorfer Vorstadt.

Durch ein neues STUK wären wir auch in der Lage umzusteuern. Derzeit wird stur von den Stadträndern nach innen abgerissen. Das Ärztehaus mit Apotheke, der Wochenmarkt und die Kaufhalle „REWE“ in Hohenstücken sind dadurch plötzlich von Abrissobjekten umgeben. DIE LINKE will, dass in den Zentren der bisherigen Stadtteile die öffentlichen Funktionen (Einkaufen, Arzt, Kultur etc.) gestärkt werden und notwendige Abriss- und Rückbaumaßnahmen um diese Zentren herum gestaltet werden.

Hierzu ist der Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger, die in den betroffenen Wohngebieten leben, einzubeziehen. Zum einen kennen sie die Probleme am besten. Zum anderen steigt die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen, je früher die Anwohner beteiligt werden.

Die Beschränkung der Vorranggebiete Wohnen auf die erweiterte Innenstadt unter Ausschluss der gesamten Stadtteile Nord und Hohenstücken verhindert gezielte Förderung von Maßnahmen in den Kernen dieser Stadtteile. DIE LINKE will dies ändern.

Fördermöglichkeiten zum Fahrstuhlanbau, Etagenrückbau und Aufwertungsmaßnahmen müssen auch in den Kernen Hohenstückens und Nord verfügbar sein.

Wir werden uns für entsprechende Möglichkeiten einsetzen, wenn das Stadtumbauprogramm nach 2009 in die zweite Phase eintritt.

DIE LINKE will, dass Wohnen in Brandenburg an der Havel für jedermann bezahlbar bleibt. Die Folge des bisherigen Stadtumbaus ist die Vernichtung preiswerten Wohnraums in Hohenstücken zugunsten der Schaffung mittel- bis hoch-

preisigen Wohnraums. So sehr die Umgestaltung des Klosterviertels zu begrüßen ist, so wenig kann es die abgerissenen preiswerten Wohnungen in Hohenstücken ersetzen.

Der Bahnhofsvorplatz ist nun endlich unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu gestalten. Bereits seit Jahren ist die Stadt im Besitz der notwendigen Grundstücke. DIE LINKE will, dass die Bürgerwünsche am Bahnhof berücksichtigt werden. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind deshalb an der Ideenfindung und der Umsetzung zu beteiligen. Der kollektive Sachverstand ist durch Experten zu bündeln und einzubeziehen.

Wir treten für den Erhalt des Bahnhofsgebäudes, mindestens der Hülle, ein. Die Funktionen der verstreuten Kioske (Zeitung, Imbisse, Toiletten etc.) können in dem Gebäude untergebracht werden.

Wir wenden uns gegen einen Abriss der Wobra-Blöcke am Bahnhof. Eine Stadteingangssituation zur Kleinen Gartenstraße ist bei Erhalt der Blöcke möglich. In den umgebauten Blöcken könnten attraktive, mittelpreisige Wohnungen entstehen. Im Zuge der Umgestaltung des Bahnhofsumfelds muss das Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Umsteigebeziehung zwischen den einzelnen Verkehrsträgern liegen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Straßenbahnhaltestelle vor das Bahnhofsgebäude kommt. Des Weiteren muss die Anzahl regengeschützter Fahrradabstellanlagen erhöht werden. Ebenso müssen bezahlbare Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs geschaffen werden.

In der Innenstadt setzt sich DIE LINKE für folgende Schwerpunkte ein: Die Entwicklung der Achse Sankt-Annen-Straße / Neust. Markt / Hauptstraße / Ritterstraße / Altstadt Markt ist für DIE LINKE mit dem Einzug der Stadtverwaltung in die Spielwarenfabrik und das Altstädtische Rathaus noch nicht abgeschlossen. Die Achse leidet unter einem „hohlen Zahn“. Sie verodet im Bereich der Jahrtausendbrücke zunehmend. Dabei hat dieser Bereich unserer Ansicht nach enormes Potenzial. Hier werden die Wassersporttouristen in Brandenburg an der Havel begrüßt. Es soll eine Eingangssituation geschaffen werden. DIE LINKE setzt sich hier auch für eine Beplanung des Packhofes ein. Der Grundwasserschaden ist zu sanieren. Die Bauplanung muss parallel vorangetrieben werden. Der hintere Teil des Packhofes kann dann bereits entwickelt werden. Das Modelllager (ursprünglich für die Jugendherberge vorgesehen) sollte nach Möglichkeit erhalten bleiben. DIE LINKE will am Packhof öffentliche Uferwege.

Das Thema Jugendherberge/Jugendgästehaus ist für uns nicht vom Tisch. Wir bevorzugen einen zentrumsnahen Standort. DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Standort der ehemaligen Beetzseeschule hierfür zu prüfen.

Am Nicolaiplatz achtet DIE LINKE auf eine lebendige Gestaltung, die das würdige Gedenken im geplanten Neubau einer Gedenkstätte als Ort der Dokumentation und Erinnerungskultur nicht ausschließt.

Die Erhaltung und deutliche Verbesserung der Nahverkehrsstrukturen betrachten wir als dringend notwendig. Die Lebensqualität in unserer Stadt wird durch die Emissionen des Individualverkehrs beeinflusst. Lärm, Feinstaub und Abgase können nachhaltig und wirkungsvoll durch ein schlüssiges Nahverkehrskonzept reduziert werden. Mobilität ist ein soziales Grundrecht. Dieses muss durch die Stadt Brandenburg gewährleistet werden.

Der Erhalt der Straßenbahn ist für uns unverzichtbar. Die Straßenbahn ist für Brandenburg an der Havel einerseits stadt-bildprägend und andererseits ein umweltfreundliches und zugleich zweckmäßiges Beförderungsmittel.

Die bloße Ausrichtung auf eine Steigerung der Kosten-Nutzen-Rechnung ist für DIE LINKE nicht zielführend. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Straßenbahn in Zukunft alle Linien bis 22 Uhr bedient. In Zeiten flexibler Arbeitszeiten ist es besonders für die vielen Pendler notwendig auch nach 20 Uhr die Straßenbahn nutzen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die aus der Mittelkürzung resultierende Taktzeit-Verlängerung. Diese muss aus unserer Sicht überarbeitet werden. Wir können nicht akzeptieren, dass Bewohner und Gäste in einem Oberzentrum, welches den Tourismus stärken möchte, an Sonn- und Feiertagen bis zu einer Stunde auf eine Straßenbahn warten müssen. Die Straßenbahn gehört zum urbanen Leben Brandenburgs. Sie verbindet die Innenstadt mit den großen Wohngebieten.

Wir wollen in Wohngebieten in der Regel Tempo 30 für Autos. Auf der Umgehungsstraße soll der Verkehr dagegen durch Grüne Welle und intelligente Ampelschaltungen beschleunigt werden. Besondere Aufmerksamkeit und Rücksicht genießen Fußgänger und Radfahrer, die an Ampelschaltungen künftig entsprechend ihren konkreten Bedürfnissen berücksichtigt werden. Einbahnstraßen in der Innenstadt werden in der Regel für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben. Das verbessert Radrouten, vermindert das Radfahren auf Fußwegen und durch die notwendige, gegenseitige Rücksichtnahme wird der Verkehr in Wohngebieten langsamer, was die Wohnqualität erhöht.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Programm zur Sanierung von Fußwegen auch außerhalb von kompletten Straßenerneuerungen aufgelegt wird. Die Fugensanierung des Kopfsteinpflasters in Haupt-, Ritter- und Steinstraße muss zugunsten von Fußgängern und Radfahrern endlich vorgenommen werden.

Wirtschaft

Ein Großteil der Probleme unserer Stadt resultiert aus dem Zusammenhang einer mangelnden Wirtschaftskraft und einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen haben daher für DIE LINKE in Brandenburg an der Havel oberste Priorität.

Uns ist bewusst, dass die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, die Brandenburger in der Stadt zu halten und die Einwohnerzahl zu stabilisieren.

Damit verbunden sind wichtige Folgeeffekte in vielen Bereichen – vom Erhalt zurzeit leerstehenden Wohnraums bis zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur der einzelnen Stadtteile.

Ein Oberzentrum zeichnet sich dadurch aus, dass es die Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen für einen Einzugsbereich von mindestens 200 000 Einwohnern bereithält. Daher sind für DIE LINKE der Erhalt und der Ausbau von hier angesiedelten Institutionen wie das Theater, das Klinikum oder die Fachhochschule Grundpfeiler der Stadtentwicklung.

Um einen wirtschaftlichen Aufschwung erreichen zu können, müssen aus unserer Sicht zwei zentrale Maßnahmen ergriffen werden: die Stärkung der oberzentralen Funktion und die Erhöhung der Anziehungskraft der Innenstadt als wichtigstem Werbeträger der Stadt.

Trotz Anbindung an alle Verkehrsträger und an das Umland kann Brandenburg an der Havel in zentralen Bereichen nach wie vor nicht die Funktion als Oberzentrum übernehmen.

Dies lässt sich durch die Etablierung eines attraktiven Einkaufszentrums in der Innenstadt kompensieren. Das hätte positive Effekte auf die innerstädtische Kaufkraftentwicklung.

Einen weiteren entscheidenden Beitrag zur Stärkung der oberzentralen Funktion leistet eine ansprechend gestaltete Innenstadt, die Einwohner und Besucher gleichermaßen begeistern kann. DIE LINKE ist sich bewusst, dass unser Zentrum dann als attraktiv wahrgenommen wird, wenn sowohl das städtebauliche Umfeld als auch das Angebot in den Bereichen Einzelhandel und Kultur gehobenen Ansprüchen genügt. Darüber hinaus trägt die Aufwertung der Innenstadt entscheidend dazu bei, dass Touristen, Investoren und Wohnungssuchende sich für unsere Stadt interessieren. In Brandenburg an der Havel muss daher der Sanierungsprozess auf seinem bisherigen qualitativ hohen Niveau fortgeführt und das kulturelle Angebot erhalten werden.

Wir unterstützen die Ansiedlung von Unternehmungen, welche im umweltpolitischen Bereich Innovationen initiieren und umsetzen.

Um eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu erreichen, ist einerseits die Förderung des Vorhandenen, andererseits die Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IK) erforderlich. Obwohl sich mit der Fachhochschule (FH) eine „Denkfabrik“ in der Mitte unserer Stadt befindet, sind Kompetenzzentren in diesem Bereich unterrepräsentiert. Existenzgründungen im IK-Bereich sollen oberste Priorität genießen.

Unter der Maxime „Brandenburg an der Havel als Oberzentrum - innovativer Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort“ gilt es auch in den nächsten Jahren für die Schaffung und den Erhalt einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur zu sorgen.

In dem Maße, wie sich die Stadt als attraktiver Wirtschaftsstandort präsentiert, wird DIE LINKE eine angemessene Beteiligung der „Starken“ in unserer Gesellschaft einfordern.

Die Hebung des Gewerbesteuerhebesatzes wird dabei eine Option bleiben.

Weitere Vorhaben bilden der Rückkauf von Anteilen oder die Erhöhung der städtischen Anteile an unseren Beteiligungsgesellschaften, zum Beispiel bei den Stadtwerken und der MEBRA. Die Verbesserung und Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ), etwa in einer Agglomeration der Städte Rathenow – Premnitz – Brandenburg an der Havel ist eine weitere Möglichkeit.